

Erläuterung zur Beratungsunterbrechung

Am 15.09.2016 wurde mit der politischen Beratung der Vorlage „Pflege- und Entwicklungsplan Naturschutzgebiet „Langeler Auwald, rrh.“ und angrenzende Flächen“ (Vorlagennummer 0591/2016) begonnen. Begleitend wurde der Pflege- und Entwicklungsplan interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung am 22.11.2016 in der Jakob-Engels-Halle in Köln Porz/Langel vorgestellt. In der Sitzung des Verkehrsausschusses am 31.01.2017 wurde die Vorlage von der Verwaltung zurückgezogen.

Als Grund für die seinerzeit getätigte Unterbrechung der politischen Beratung ist die geplante Rheinquerung im Kölner Süden zu nennen. Bei diesem inzwischen als „Rheinspange 553“ bezeichnetem Verkehrsprojekt soll eine neue Fernstraßenverbindung zwischen den Autobahnen A555 und A59 hergestellt werden. Das Vorhaben wurde im Herbst 2016 durch einen Beschluss des Deutschen Bundestages im Bedarfsplan für Bundesfernstraßen mit der neuen Dringlichkeitsstufe „vordringlichen Bedarf“ versehen, wurde also „hochgestuft“. Zu diesem Zeitpunkt war unklar, ob der Beschluss des zuvor genannten Pflege- und Entwicklungsplans eine mögliche Interessenskollision mit dem geplanten Verkehrsprojekt auslösen könnte und die Beratung von der Verwaltung von daher zunächst ausgesetzt.

In der Zwischenzeit erfolgte eine Konkretisierung der Rahmenbedingungen zur möglichen Verwirklichung der Rheinquerung und es liegt ein „Projektfahrplan“ vor. Bis Ende 2019 soll eine Entscheidung zur zukünftigen Trassenführung getroffen und das Genehmigungsverfahren konsequent fortgeführt werden. Laut Presseberichten soll 2025 mit dem Bau der Maßnahme begonnen und diese bis spätestens 2030 abgeschlossen sein.

Ein positives Votum für den Pflege- und Entwicklungsplans mit seinen konzipierten Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen sowie seinem Vorschlag zur Vergrößerung des bestehenden Naturschutzgebietes in nördlicher Richtung steht nach Einschätzung der Verwaltung nicht im Widerspruch zu einer möglichen Realisierung der Rheinspange 553. Von daher wird die politische Beratung wieder aufgenommen und soll nun fortgeführt werden.